

# NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



## Olaf Scholz im Zukunftsgespräch mit der Region

### Kanzlerkandidat steht Rede und Antwort

Am 26. März ist Olaf Scholz meiner Einladung gefolgt, das Zukunftsprogramm der SPD vorzustellen und Fragen aus Oldenburg und dem Ammerland zu beantworten. Wegen der Corona-Pandemie fand das „Zukunftsgespräch“ natürlich digital statt: Olaf Scholz hat die Veranstaltung im Atrium des Willy-Brandt-Hauses in Berlin-Mitte bestritten, ich in meinem Berliner Bundestagsbüro.

In seiner Einführung hat Olaf vorgestellt, wofür die SPD und er als Kanzlerkandidat eintreten. Nämlich unter anderem für echte Wertschätzung, also für gute Löhne und vernünftige Arbeitsbedingungen für die vielen Menschen in systemrelevanten Berufen. Klatschen ist nicht genug! Zudem wollen wir unser Land modernisieren

und mit kräftigen staatlichen Investitionen den Sprung zu einer klimafreundlichen Volkswirtschaft schaffen. Und wir brauchen ein starkes Europa, das Frieden, Freiheit und Wohlstand sichert.

Das Format ähnelte dem, das ich derzeit für „75 Minuten Klartext“ verwende: Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten sich melden und dann direkt ihre Frage an Olaf stellen oder ihm ihre Impulse mit auf den Weg geben. Von den Sorgen und Nöten betroffener Branchen in der Coronakrise bis hin zur Digitalisierung unserer politischen Kommunikation war alles dabei. Ich freue mich über den Austausch – und stehe euch natürlich auch in Zukunft gerne Frage und Antwort.

Moin!

Im vergangenen Monat hat die CDU-Korruptionsaffäre die Politik erschüttert. Mehrere Bundestagsabgeordnete aus CDU und CSU hatten bei der Beschaffung von Masken mutmaßlich die Hand aufgehoben oder sich von ausländischen Regierungen einspannen lassen. Nicht alle dieser Personen haben den Anstand besessen, nicht nur aus Partei und Fraktion auszutreten, sondern auch ihr von uns allen bezahltes Mandat unverzüglich zurückzugeben.

Die Zahl und die Ähnlichkeit der Fälle zeigen, dass es sich bei diesem unetraglichen Verhalten nicht nur um Einzelfälle handelt, sondern CDU und CSU offensichtlich strukturelle Schwächen haben. Umso wichtiger ist es, dass wir als SPD auf deutliche Verbesserungen bei der Transparenz gedrängt haben – und das erfolgreich (S. 2). Endlich bekommen wir ein Lobbyregister, deutlich strengere Regeln und detailliertere Angabepflichten. Übrigens berichte ich euch bereits seit Anfang meiner Zeit im Bundestag über alle meine ehrenamtlichen Tätigkeiten und Gespräche mit Interessensvertretern. Einzelheiten könnt ihr im Abschnitt „Gläserner Abgeordneter“ meiner Homepage nachlesen.

Ever 10.15

# Mehr Transparenz im Bundestag

## Erweiterte Regeln für Abgeordnete und Lobbyregister

Wir als SPD-Fraktion kämpfen seit Jahren für die Einführung eines Lobbyregisters und klarer Transparenzregeln für Abgeordnete. Zwar hatte die CDU bei der Einführung des Lobbyregisters endlich ihre Blockade aufgegeben. Doch erst die skandalöse CDU-Korruptionsaffäre hat bei der Unionsfraktion zu einem Umdenken geführt, was die Regeln für Abgeordnete angeht.

Der Einigung zufolge müssen nennenswerte Einkünfte aus Nebentätigkeiten von über 1000 Euro pro Monat oder bei ganzjährigen Tätigkeiten 3.000 Euro pro Jahr, Unternehmens-

beteiligungen und Aktienoptionen künftig auf Euro und Cent veröffentlicht werden. Unternehmensbeteiligungen werden bereits ab 5 Prozent (statt bisher ab 25 Prozent) veröffentlicht.

Abgeordnete dürfen ihre Mitgliedschaft im Bundestag nicht für geschäftliche Zwecke missbrauchen und sich nicht für Lobbytätigkeit und Vorträge bezahlen lassen. Verstöße werden mit hohen Bußgeldern sanktioniert. Die Strafnorm zur Bestechung und Bestechlichkeit von Abgeordneten wird deutlich verschärft. Abgeordnete dürfen keine Spenden

annehmen – das tun SPD-Abgeordnete übrigens schon seit Jahren nicht.

Geeinigt haben wir uns zudem auf das Lobbyregister. Interessenvertreterinnen und -vertreter müssen in Zukunft umfassende Angaben zu ihrer Identität und zum Gegenstand sowie zur Finanzierung der Interessenvertretung machen. Auch müssen sie sich an einen verbindlichen Verhaltenskodex für integrale Interessenvertretung halten. Bei Verstößen gegen die Registrierungspflicht droht ein Bußgeld bis zu 50 000 Euro. Verstöße gegen den Verhaltenskodex werden im Register veröffentlicht.



## HINTER DEN KULISSEN

# Das Mehrweg-System im Bundestag

## Einweg-Behälter jetzt endgültig abgeschafft

Der Bedarf nach umweltschonenden Mehrweg-Mitnahmebehältern ist im Bundestag durch die Pandemie enorm gestiegen, weil die Kantinen und Restaurants auch weiterhin zum Verweilen geschlossen sind. Aus Hygienegründen durften die Mitarbeitenden der Kantinen keine selbstmitgebrachten Boxen und Behälter befüllen und konnten nur Plastik-, oder Kartonschalen ausgeben. Die Einführung des Mehrwegsystems ist ein echter Meilenstein zur Müllreduktion und für mehr Nachhaltigkeit im Deutschen Bundestag.

Seit Mitte März bieten nun die Kantinen und Restaurants des Bundestages Mehrweg-Mitnahmebehälter über eine App an und verbannen damit endgültig Einweg-Behälter aus den Liegenschaften. Der Bundestag bietet schon seit einiger Zeit auch Mehrweg-Becher für Kaffee oder Tee an, die man für eine kleine Gebühr leihen oder kaufen kann. Nun gibt es auch die Möglichkeit, das Mittagessen nachhaltig und umweltschonend zu genießen. Dafür braucht man lediglich eine App auf dem Handy zu installieren, sich als Nutzer zu regis-

trieren und dann an der Kasse den QR-Code des Behälters und der eigenen App scannen zu lassen. Über die QR-Codes wird der Mehrweg-Behälter registriert und dem Nutzer zugeordnet. Nach dem Verzehr hat man vierzehn Tage Zeit, den Mehrweg-Behälter an einer der vielen Rücknahmestationen abzugeben. Nach einem erneuten Scan des QR-Codes wird die Ausleihe dann beendet. In der App kann man übrigens auch nachverfolgen, wie viele Einweg-Behälter man durch die Nutzung des Leih-Systems einspart.



# Bundestag stärkt Rolle in der Pandemie

„Epidemische Lage von nationaler Tragweite“ besteht weiter



Foto: Marco Urban

Derzeit steigen die Infektionszahlen leider an. Der Bundestag hat daher angesichts des Geschehens im März das Fortbestehen der „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ festgestellt. Grundlage der Regelung ist Paragraph 5 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), der dem Bundestag erstmals zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 ermöglichte, die epidemische Lage nationaler Tragweite festzustellen.

Damit erhält der Bundesgesundheitsminister die Möglichkeit, Rechtsverordnungen zu erlassen, beispielsweise auch die Testverordnung oder die

Coronavirus-Impfverordnung. Die Feststellung der epidemischen Lage nationaler Tragweite durch den Bundestag ist auch die Voraussetzung dafür, dass die Länder Schutzmaßnahmen wie Kontaktbeschränkungen, Betriebsschließungen oder Veranstaltungsverbote erlassen können.

Mit dem Gesetz zur Fortgeltung der epidemischen Lage nationaler Tragweite haben wir auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass dieser Beschluss ab dem Inkrafttreten des Gesetzes höchstens für drei Monate besteht. Spätestens dann muss das Parlament erneut über das Fort-

bestehen beraten und entscheiden. Andernfalls gilt die epidemische Lage nationaler Tragweite als aufgehoben. Das stärkt die Rechte des Parlaments. Bisher galt die Feststellung der pandemischen Lage so lange, bis das Parlament sie wieder außer Kraft setzte. Wir als Parlament haben nun noch mehr die Fäden in der Hand.

Zudem haben wir in vielen Bereichen das Infektionsschutzgesetz noch einmal nachgeschärft und zum Beispiel den recht weiten Spielraum des Bundesgesundheitsministers zum Erlass von Verordnungen in unterschiedlichen Bereichen eingeschränkt.

# Besserer Ausbau von Bundeswasserstraßen

Bund übernimmt Verwaltung als hoheitliche Aufgabe



Foto: Vmenkov / pixelio.de

Sie werden neben Schiene und Straße oft vergessen und spielen doch eine unverzichtbare Rolle: Auf unseren Wasserstraßen werden täglich große Mengen Güter bewegt. Nicht zuletzt kann die Verlagerung von Gütern von der Straße aufs Wasser einen Beitrag dazu leisten, das Klima zu schützen. Zudem wird Wassertourismus immer populärer. Deswegen ist es richtig, dass wir im vergangenen Bundeshaushalt beschlossen haben, bis 2024 34 Millionen Euro für die Stärkung touristischer Wasserwege in die Hand zu nehmen.

Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: Der Bundestag hat beschlossen, den Ausbau der Bundeswasserstraßen als hoheitliche Aufgabe dem Bund zu übertragen, sofern dieser zum Erreichen der Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie nötig ist. Das ist oft der Fall: Denn von fast 9000 Gewässern, die von der Wasserrahmenrichtlinie erfasst sind, waren 2016 weniger als ein Zehntel in einem ökologisch guten Zustand, wie ihn die Richtlinie fordert. Den Ausbau übernimmt die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV). Das bedeutet,

dass der Bund in Zukunft auch für die Instandsetzung der touristisch und freizeithlich genutzten Wasserwege verantwortlich ist.

Ich bin überzeugt: Auf dem Wasser liegt viel Potenzial, ökologisch sinnvoll zu investieren und nachhaltigen Tourismus zu schaffen – auch bei uns in der Region. Deswegen haben wir schon im Bundeshaushalt 2019 zusätzliche Planstellen geschaffen, um den Küstenkanal auszubauen. Ich freue mich, dass die Strukturen dafür künftig noch besser werden.



Die Corona-Pandemie hat den Sport direkt getroffen. Bereits im Februar habe ich hierüber fachkundig mit meiner Bundestagskollegin Dagmar Freitag MdB und den Sportvereinen aus Oldenburg und dem Ammerland diskutiert. Es wurde jedoch klar, dass es noch weiteren Diskussionsbedarf zu der Situation in Niedersachsen gibt.

Daher freue ich mich, dass ich den Niedersächsischen Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, für eine Diskussion gewinnen konnte. Die Veranstaltung findet statt am

**Dienstag, den 13.04.2021  
um 19.00 Uhr**

**auf Zoom:**

**[www.sport.75minklartext.de](http://www.sport.75minklartext.de)**

Unter der oben angegebenen Adresse könnt ihr euch für die Teilnahme registrieren. Alternativ könnt ihr die Veranstaltung live auf Facebook verfolgen. Ich freue mich auf den Austausch mit euch!

## — Projekt flausen+ erhält 1,5 Millionen Euro aus Berlin

### Vernetzung von KünstlerInnen gefördert

In einem Radiointerview habe ich kürzlich gesagt, dass Kultur ein Schlüssel zur Verteidigung der Demokratie ist. Deswegen freue ich mich besonders, dass der Bund das Modellprojekt flausen+ des freien Theaters wrede+ in Oldenburg mit 1,5 Millionen Euro fördert. Den Beschluss haben wir mit dem Bundeshaushalt 2021 gefasst.

Vor zehn Jahren gründete das theater wrede+ mit bundesweiten SpielstättenpartnerInnen flausen+ zur Vernetzung, Begleitung und Professionalisierung von KünstlerInnen. Als stetig wachsendes Netzwerk aus freien Theatern gehören mittlerweile

SpielstättenpartnerInnen aus 13 Bundesländern dazu. Mit der Bundesförderung von 1,5 Millionen Euro sollen nun weitere kleine und mittlere freie Spielstätten und regional arbeitende KünstlerInnen bundesweit vernetzt und unterstützt werden.

Besonders wichtig ist, dass das Programm sich nicht auf die vergleichsweise gut ausgestatteten großen Theater in den Metropolen konzentriert, sondern gerade auf den ländlichen Raum zielt. Denn Theater und Kunst sind keine Großstadtthemen, sondern auch und gerade bei uns vor Ort entscheidend.

## — Digitales Expertengespräch mit Kulturschaffenden

### „75 Minuten Klartext“ mit Martin Rabanus

Unter dem Motto „75 Minuten Klartext“ habe ich zu einer digitalen Veranstaltung über Perspektiven für die Kultur eingeladen. Gemeinsam mit dem kulturpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Martin Rabanus, und Kulturschaffenden aus dem Wahlkreis haben wir mögliche Öffnungsperspektiven und die Unterstützungen aus dem Programm Neustart Kultur der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien diskutiert. Es wurde deutlich, dass viele Fördermittel zwar in der Szene ankommen, der

Verlauf der Pandemie jedoch geplante Projekte und Veranstaltungen im Sommer gefährdet.

Hier soll zum einen die zweite Kulturmilliarde aus dem Bundeshaushalt die Betroffenen unterstützen, zum anderen müssen auch langfristige Veränderungen z.B. bei der sozialen Absicherung auf den Weg gebracht werden. Martin und ich haben viel gelernt und nehmen einige Punkte mit in die Debatten mit der Beauftragten für Kultur.

**DIREKT GEWÄHLT -  
DIREKT ANSPRECHBAR!**

#### **Berliner Büro**

Postanschrift:

Dennis Rohde MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 227 72 800

E-Mail: [dennis.rohde@bundestag.de](mailto:dennis.rohde@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Oldenburg**


Postanschrift:

Dennis Rohde MdB

Huntestraße 23, 26135 Oldenburg

Telefon 0441 99 86 76 01

E-Mail: [wahlkreis@dennis-rohde.de](mailto:wahlkreis@dennis-rohde.de)

 [www.dennisrohde.de](http://www.dennisrohde.de)

 [facebook.com/dennis.rohde](https://facebook.com/dennis.rohde)

 [twitter.com/dennisrohde](https://twitter.com/dennisrohde)